20. November 2025
#24 / 2025

iwd

ISSN 0344-919X | *Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft* | G 4120

Chinas Umlenkungsmanöver

Außenhandel. Die deutschen Wareneinfuhren aus China lagen im Frühjahr 2025 deutlich über dem Vorjahreswert. Berechnungen des IW legen nahe, dass dies auf einen Umlenkungseffekt zurückzuführen ist: Da chinesischen Unternehmen der Absatz in den USA aufgrund der hohen Zölle erschwert ist, drängen sie vermehrt zu niedrigen Preisen auf den europäischen Markt. Deshalb fordert IW-Außenhandelsexperte Jürgen Matthes die EU auf, konsequent zu Ausgleichszöllen und weiteren Handelsschutzinstrumenten zu greifen, um einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen und die heimische Wirtschaft zu schützen. → *Seiten 2–4*

Finanzpolitik
Die Bundesregierung könnte nur gut die Hälfte der im Rahmen des Sondervermögens vorgesehenen Kredite tatsächlich für zusätzliche Investitionen nutzen.
→ *Seite 5*

Pflegekosten
Der Eigenanteil, den Pflegebedürftige in deutschen Heimen zahlen müssen, unterscheidet sich zwischen den einzelnen Städten und Kreisen erheblich.
→ *Seiten 10–12*

Weitere Themen +++ Sozialpolitik +++ Digitalisierung +++ Innovationen +++ Arbeitsplätze +++
Top-Liste: Bevölkerungsdichte +++ Zahl der Woche: Forschungsausgaben

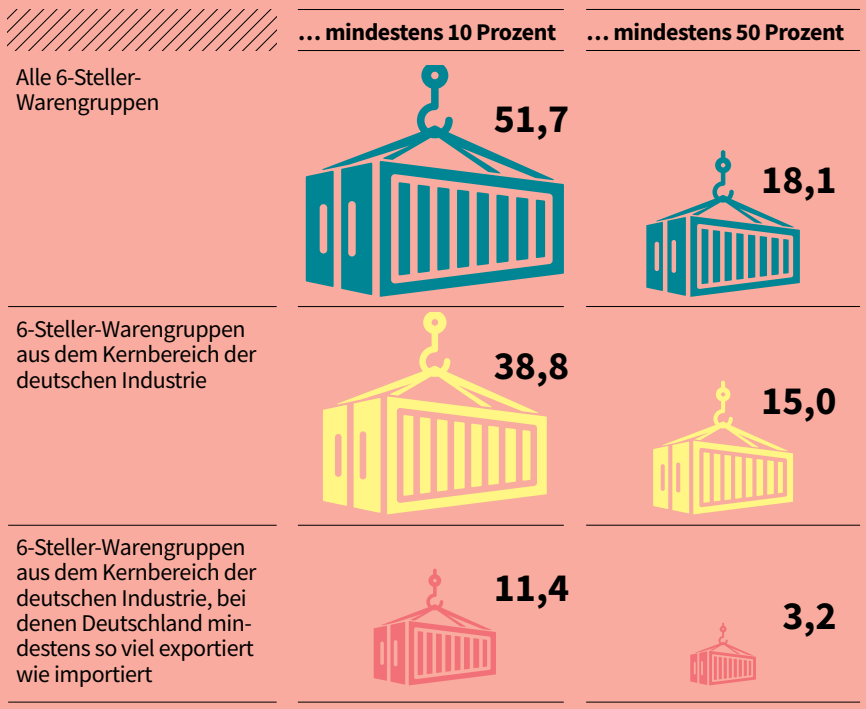
Peking lenkt um

Außenhandel. *Die deutschen Einfuhren aus China sind deutlich gestiegen. Inwiefern diese Entwicklung mit den hohen US-Zöllen auf Produkte aus China zusammenhängt und welche Warengruppen hierzulande besonders von starken Importanstiegen betroffen sind, zeigt eine neue IW-Studie.*

Die Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump droht Exporte aus China nach Deutschland umzulenken. Ab Februar 2025 erhöhte die Trump-Administration schrittweise die Zölle auf Einfuhren aus China. Im April 2025 lag der Zollsatz für chinesische Einfuhren vorübergehend sogar bei 145 Prozent, aktuell beträgt das Zollniveau knapp 50 Prozent. Damit galten und gelten für China höhere Zölle als für andere Länder. In der Folge gingen die US-Importe aus China im ersten Halbjahr 2025 um fast 16 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück.

Importe aus China: So stark steigen Wareneinfuhren, die weniger von den USA nachgefragt wurden

Bei so viel Prozent des gesamten Einfuhrwerts von 6-Steller-Warenimporten aus China nach Deutschland, deren Warenmenge im zweiten Quartal 2025 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um … gestiegen ist, besteht ein Umlenkungsverdacht aufgrund der hohen US-Zölle, weil in diesen Warengruppen im ersten Halbjahr 2025 die US-Importe aus China im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum absolut oder relativ zurückgegangen sind



Kernbereich der deutschen Industrie: u. a. Maschinen/Geräte/elektrotechnische Waren, Erzeugnisse der chemischen Industrie und verwandter Industrien, Kunststoffe und Waren daraus

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Führt dies nun dazu, dass China mehr Waren in die Bundesrepublik exportiert? Zumindest war das Plus der chinesischen Einfuhren nach Deutschland im zweiten Quartal 2025 – also dem Zeitraum mit den sehr hohen US-Zöllen für Einfuhren aus China – mit 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als doppelt so hoch wie das Wachstum der deutschen Importe aus aller Welt, das 4 Prozent betrug.

Um genauere Aussagen zu einem möglichen Umlenkungseffekt chinesischer Exporte nach Deutschland zu treffen, haben die IW-Wissenschaftler allerdings nicht die Importwerte, sondern die Importmengen betrachtet. Dabei zeigt sich, dass der chinesische Importdruck hier stark gestiegen ist:

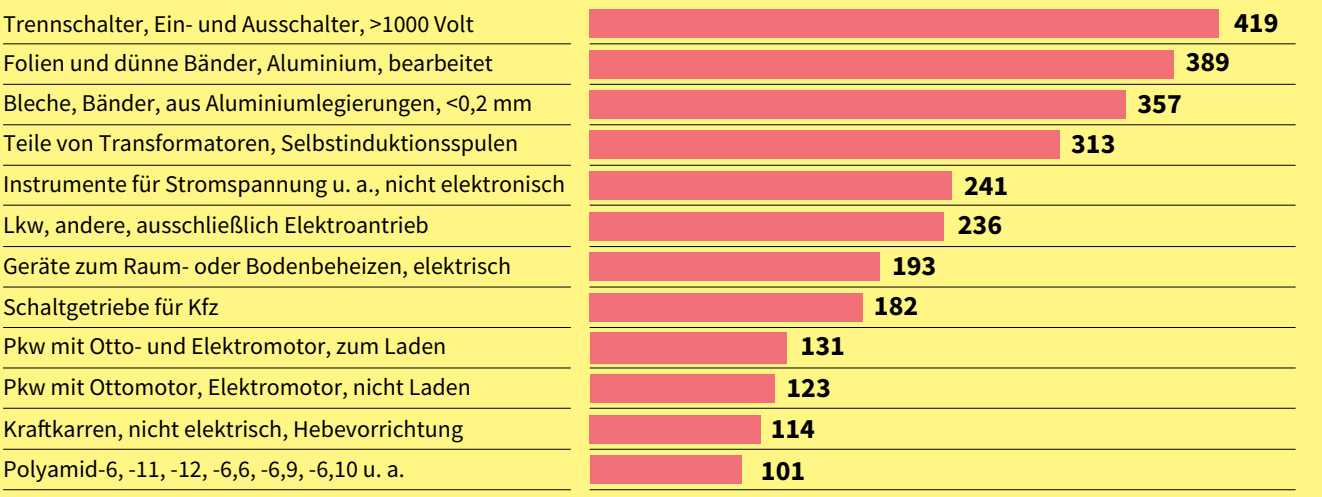
Einen im Vorjahresvergleich mit mindestens 10 Prozent hohen Anstieg der Einfuhrmenge aus China wiesen im zweiten Quartal dieses Jahres 2.241 Warengruppen auf. Auf sie entfiel mit 61 Prozent ein großer Anteil des gesamten Einfuhrwerts aus China.

Um möglichen Umlenkungseffekten näher zu kommen, wurden zudem 3.371 Warengruppen ermittelt, bei denen die US-Einfuhren aus China im ersten Halbjahr 2025 absolut oder relativ gemessen am Importwert im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken sind.

Schaut man sich die Überschneidungen an – gesunkener US-Import bei gleichzeitig ungewöhnlich hohen

Importe aus China: Die größten Überschneidungen zur exportorientierten Industrie

Um so viel Prozent stiegen die deutschen Einfuhrmengen aus China in diesen Warengruppen aus dem exportorientierten Kernbereich der heimischen Industrie im zweiten Quartal 2025 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Diese Warengruppen verzeichneten zugleich einen absoluten oder relativen Rückgang der US-Importe aus China im ersten Halbjahr 2025 gegenüber dem Vorjahreszeitraum.



Kernbereich der deutschen Industrie: u. a. Maschinen/Geräte/elektrotechnische Waren, Erzeugnisse der chemischen Industrie und verwandter Industrien, Kunststoffe und Waren daraus

Quellen: Statistisches Bundesamt, U.S. Department of Commerce, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Einfuhren nach Deutschland –, zeigt sich, dass 1.588 Warengruppen zuletzt ein deutsches Importplus aus China von mindestens 10 Prozent aufwiesen. In immerhin 828 Warengruppen stieg die Importmenge sogar um mindestens 50 Prozent.

Die Warengruppen, bei denen es Überschneidungen gibt, stehen für einen erheblichen Teil der chinesischen Einfuhren nach Deutschland (Grafik Seite 2):

Die 1.588 Warengruppen, in denen die deutschen Importmengen aus China im zweiten Quartal 2025 das Niveau des Vorjahreszeitraums um mindestens 10 Prozent überstiegen und die zugleich in geringerem Umfang von den USA eingeführt wurden, machten fast 52 Prozent des gesamten deutschen Einfuhrwerts aus China in diesem Zeitraum aus.

Bei diesen Warengruppen handelt es sich größtenteils um Maschinen, Geräte und vor allem elektrotechnische Waren. Darunter finden sich auch viele konsumnahe Produkte, die hierzulande kaum noch produziert werden, sodass günstige Einfuhren willkommen sind.

Doch wenn Billigimporte die heimische Produktion in Deutschland bedrohen, ist das anders. Daher haben die IW-Forscher gezielt nach hohen Importanstiegen und Überschneidungen in exportorientierten Kernbereichen der deutschen Industrie gesucht – also etwa im Maschinen- und Fahrzeugbau. Auch hier wurden sie fündig (Grafik):

Einfuhrmengenzuwächse aus China von mindestens 50 Prozent finden sich vor allem bei Straßen- und Landfahrzeugen, bei Hybrid-Pkw sowie bei Autoteilen.

Für chinesische Plug-in-Hybridfahrzeuge ist der Umlenkungsverdacht besonders groß, denn die US-Einfuhrwerte für diesen Autotyp sind im ersten Halbjahr 2025 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast 100 Prozent gesunken. Ähnliches gilt für elektrisch angetriebene Lkw. Aufgrund der hohen EU-Zölle auf Pkw aus China mit rein elektrischem Antrieb suchen chinesische Fahrzeughersteller offenbar noch offene Flanken auf dem europäischen Automarkt und beginnen, sich hier hineinzudrängen.

Die EU muss schnell reagieren auf den starken Anstieg der Importe aus China, bei denen zudem teilweise ein Umlenkungsverdacht besteht. Denn chinesische Anbieter drängen oft zu extremen und unlauteren Niedrigpreisen in den hiesigen Markt. Wenn sich Wettbewerbsverzerrungen nachweisen lassen und EU-Produktion bedroht ist, muss Brüssel auf Handelsschutz und Ausgleichszölle setzen, um fairen Wettbewerb zu ermöglichen. Dabei sind die bestehenden Antidumping- und Antisubventionsinstrumente konsequent anzuwenden und weiter zu schärfen, da es ihnen in ihrer jetzigen Form an Effizienz und Effektivität mangelt.

IW-Report 58/2025
Jürgen Matthes, Samina Sultan, Clemens Issig, Laurens Wünsch: Zur Umlenkung chinesischer Exporte nach Deutschland

Kommentar. *Der Handel mit China ist für Deutschland unter den aktuellen Bedingungen keine Win-win-Situation mehr. Da Peking seine Wirtschaft stark subventioniert, sollten die künstlichen Preisvorteile chinesischer Exportwaren, die die deutsche Industrie bedrohen, mithilfe von Ausgleichszöllen kompensiert werden, sagt* ***Jürgen Matthes,*** *Außenhandelsexperte im IW.*

Foto: IW

„Alle müssen nach denselben Regeln spielen“

Die deutschen Importe aus China nehmen immer weiter zu. Von einem De-Risking Deutschlands kann also kaum die Rede sein. Der steigende Anteil Chinas an den deutschen Einfuhren verschärft nicht nur bestehende Importabhängigkeiten, sondern setzt auch die Branchen unter Druck, in denen diese Abhängigkeiten bisher nicht bestehen, die aber als Kernbereiche der heimischen Industrie gelten und in denen viele Beschäftigte viel produzieren.

Das Problem dabei ist, dass die chinesischen Anbieter oft mit extremen Niedrigpreisen operieren. Das ist eine gravierende Belastung für das industriell geprägte deutsche Geschäftsmodell. Schon im Frühjahr 2024 zeigte eine IW-Umfrage, dass die Hälfte der befragten heimischen Industrieunternehmen, die auf ihren Absatzmärkten mit China konkurrierten, Schwierigkeiten hatte, da China seine Waren um mehr als 30 Prozent günstiger anbot als sie selbst. Einzelne deutsche Firmen berichten immer wieder, dass selbst Preisunterbietungen von 40, 50 und mehr Prozent an der Tagesordnung sind. Zuweilen bieten chinesische Unternehmen ihre Güter sogar deutlich unterhalb der Kosten deutscher Betriebe an. Das kann schlichtweg nicht mit rechten Dingen zugehen.

Zwar sind chinesische Anbieter leistungsfähiger geworden und haben den technologischen Rückstand zu den klassischen Industrieländern verringert, hier und da haben sie diese sogar schon überholt. Doch genauso ist empirisch belegt, dass unfaire chinesische Wettbewerbsverzerrungen eine große Rolle bei der Preisgestaltung spielen. So werden die extremen Niedrigpreise insbesondere durch sehr hohe Subventionen des chinesischen Staates ermöglicht. Zudem ist der Yuan gegenüber dem Euro deutlich und künstlich unterbewertet, was zu weiteren erheblichen Preisvorteilen Chinas beiträgt.

Diese Konstellation führt dazu, dass die deutschen Exporte nach China seit einigen Jahren immer stärker zurückgehen, während die Importe aus der Volksrepublik zunehmen. Die Situation wird zudem durch Umlenkungseffekte verstärkt, wie wir in einer aktuellen Studie zeigen können: Da chinesische Exporteure wegen der US-Zollpolitik weniger in den Vereinigten Staaten verkaufen können, drängen sie nun noch stärker auf den deutschen Markt.

Auch aufgrund dieser Entwicklung dürfte das deutsche Handelsbilanzdefizit mit China in diesem Jahr auf ein neues Rekordniveau steigen. Hinzu kommen die verschärften Exportkontrollen Chinas für seltene Erden, die uns unsere Naivität bei kritischen Importabhängigkeiten vor Augen führen. Daher ist inzwischen stark zu bezweifeln, dass der Handel mit China in dieser Form noch eine Win-win-Situation ist, wie Peking immer behauptet.

Es braucht deshalb überall dort umfassende Ausgleichszölle, wo chinesische Wettbewerbsverzerrungen nachweisbar sind und europäische Produktion durch chinesische Niedrigpreise bedroht ist. Es geht hier nicht um Protektionismus, sondern um die Herstellung eines fairen Wettbewerbs und ein „level playing field“, also schlichte Chancengleichheit.

Etikettenschwindel Sondervermögen

Finanzpolitik. *Die Bundesregierung nutzt das 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen nicht wie versprochen ausschließlich für zusätzliche Investitionen. IW-Berechnungen zeigen, dass Union und SPD viel Geld daraus durch Buchungstricks zweckentfremden.*

Mit ihrem 500 Milliarden Euro schweren Sondervermögen möchte die Bundesregierung den staatlichen Investitionsrückstand aufholen. Das Geld sollte in Brücken, Schienen und Schulen fließen und die Transformation voranbringen – zusätzlich zu den Staatsausgaben im regulären Haushalt.

Doch davon ist in der Finanzplanung des Bundes wenig zu sehen: Von den neuen, im Rahmen des Sondervermögens eingeplanten Krediten in Höhe von 271 Milliarden Euro bis 2029 sind 91 Milliarden Euro nicht für zusätzliche Investitionen vorgesehen. Zudem gibt es für die Verwendung des Anteils von Ländern und Kommunen in Höhe von 42 Milliarden Euro bis 2029 keine strikten Vorgaben, sodass diese ebenfalls in andere Bereiche fließen könnten. Macht unterm Strich (Grafik):

Von den 271 Milliarden Euro an neuen Krediten könnte insgesamt nur gut jeder zweite Euro für zusätzliche Investitionen verwendet werden.

Formell erfüllt die Bundesregierung die gesetzlich festgelegte „Zusätzlichkeit“ zwar. In der Praxis bedient sie sich aber einiger Buchungstricks. So gilt für den Kernhaushalt eine Investitionsquote von 10 Prozent als Voraussetzung dafür, dass das Sondervermögen überhaupt eingesetzt werden darf. Diese ohnehin geringe Untergrenze erreicht die Koalition in ihrer Haushaltsplanung nur dadurch, dass sie die kreditfinanzierten Verteidigungsausgaben oberhalb von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht in die Gesamtausgaben des Haushalts einrechnet, die Verteidigungsinvestitionen aber trotzdem mit in die Investitionsquote einfließen lässt.

Darüber hinaus verschieben CDU und SPD Ausgaben zwischen Haushalt und Sondervermögen und finanzieren so Projekte, deren Kosten im regulären Haushalt eingeplant waren. So fließen zum Beispiel im Jahr 2026 aus dem Sondervermögen 6 Milliarden Euro in die Finanzierung von Krankenhäusern – ein Ausgabeposten, den sich ursprünglich Länder und Krankenkassen teilen sollten. Gleichzeitig erhöht die Koalition Posten im Kernhaushalt wie Umschuldungen oder Rückstellungen, die zwar formell als Investitionen gelten, aber faktisch keine Infrastruktur verbessern.

Grundsätzlich ist das Sondervermögen der richtige Weg, um die marode Infrastruktur hierzulande auf Vordermann zu bringen. Wenn die Regierung mit dem Geld aber zum Teil Haushaltslöcher stopft und sich die Investitionen schönrechnet, gefährdet sie die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

IW-Kurzbericht 92/2025
Tobias Hentze: Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität – Ein Verschiebebahnhof mit vielen Gleisen

Risikofaktor Psyche

Sozialpolitik. *Psychische Belastungen im Kinder- und Jugendalter können zu einer geringeren Bildung, abgebrochener Ausbildung, hohen Fehlzeiten im Berufsleben oder sogar zur Frühverrentung führen. All das zieht enorme volkswirtschaftliche Kosten nach sich. Deshalb lohnt es sich, in Maßnahmen zu investieren, die die psychische Gesundheit von Schülern verbessern.*

Panikattacken, Depressionen, Zwangsstörungen: Psychische Erkrankungen kommen immer häufiger vor und beeinträchtigen nicht nur massiv den Alltag der Betroffenen, sondern auch das Wirtschaftsleben. So entfielen im Jahr 2024 die drittmeisten Krankheitstage in Deutschland auf psychische Störungen. Zudem fallen Arbeitnehmer, die aufgrund eines psychischen Leidens krankgeschrieben sind, häufig besonders lange aus: im Schnitt 33 Tage.

Welche Kosten psychische Erkrankungen im Detail verursachen, wird in Deutschland nur unvollständig erfasst. Die direkten Kosten im Gesundheitswesen durch diese Krankheiten betrugen im Jahr 2020 nach Angaben der Leopoldina gut 56 Milliarden Euro, hinzu kommen Aufwendungen für die medizinische Versorgung sowie Sozialleistungen und Produktivitätseinbußen. Die jüngste Zahl zu den Gesamtkosten von psychischen Erkrankungen stammt aus dem Jahr 2015: Damals beliefen sie sich auf rund 147 Milliarden Euro – das entsprach knapp 5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

Da die Hälfte aller psychischen Erkrankungen erstmals vor dem 15. Lebensjahr auftritt und drei Viertel vor dem 25. Lebensjahr,

Kinder und Jugendliche: Jeder Fünfte mit psychischen Auffälligkeiten

So viel Prozent der 7- bis 22-Jährigen in Deutschland waren von diesen Lebensumständen und Symptomen betroffen

	Geminderte Lebensqualität	Psychische Auffälligkeiten	Angstsymptome	Depressive Symptome
2014 bis 2017	15	18	18	15
Mai 2022/Juni 2020	44	30	24	18
Dezember 2020/Januar 2021	48	31	30	24
September 2021/Oktober 2021	35	27	27	20
Februar 2022	41	29	28	21
September 2022/Oktober 2022	27	23	25	14
Oktober 2023/November 2023	22	23	21	11
Oktober 2024	21	22	23	13

Mehrfachnennungen
Quelle: Anne Kaman et al. (2025)
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Erwerbsunfähigkeit: Wenn die Psyche nicht mehr kann

So viele Personen in Deutschland erhielten im Jahr 2024 erstmals eine Erwerbsminderungsrente

	Unter 30 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 Jahre und älter	**Insgesamt**
Eintritt in die Erwerbsminderungsrente	**2.715**	**12.799**	**25.403**	**130.805**	**171.732**
Darunter mit folgender Indikation:					
Psychosomatik und Psychotherapie	**1.704**	**6.331**	**11.704**	**49.555**	**69.294**
Abhängigkeitserkrankungen	**81**	**383**	**1.059**	**3.575**	**5.098**
Anteil der aufgrund von psychischen Beeinträchtigungen erstmals Erwerbsminderungsrente beziehenden Personen an allen Erwerbsminderungsrenteneintritten in Prozent	**65,7**	**52,5**	**50,2**	**40,6**	**43,3**

Quellen: Deutsche Rentenversicherung, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

lohnen sich Maßnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen für die öffentlichen Haushalte auf lange Sicht. Zwar hat sich die Lage nach der Coronapandemie wieder verbessert, doch viele Krankheitsbilder kommen bei Schülern heute häufiger vor als vor der Pandemie (Grafik Seite 6):

Im Herbst 2024 litten in Deutschland mehr 7- bis 22-Jährige unter Angstsymptomen (23 Prozent) und psychischen Auffälligkeiten (22 Prozent) als im Zeitraum 2014 bis 2017.

Auch die Zukunftsängste unter Kindern und Jugendlichen nehmen zu. Ein Drittel der Kinder in Deutschland leidet zudem unter Einsamkeit.

Mentale Probleme können die Motivation und Leistungsfähigkeit senken und zudem körperliche Symptome auslösen, die einen Schulbesuch verhindern. So ist etwa die Schulversäumnisquote von Kindern mit psychischen Erkrankungen fast dreimal so hoch wie von Kindern ohne solche Erkrankungen (16 Prozent gegenüber 6 Prozent). In der Folge erhöhen psychische Belastungen die Wahrscheinlichkeit, die Schule sogar ganz abzubrechen. Daher sollten die Schulträger die Schulsozialarbeit sowie die Schulpsychologie dringend ausbauen, um die Schülerschaft vor Ort zu unterstützen.

Wer unter Depressionen oder anderen psychischen Beeinträchtigungen leidet, hat es auch im weiteren Verlauf des Bildungswegs schwerer, ein Studium oder eine Berufsausbildung erfolgreich zu Ende zu bringen. Es ist allerdings noch viel zu wenig über die Bildungsbiografien junger Menschen mit psychischen Problemen bekannt, um abschätzen zu können, wie sich bessere Unterstützungsangebote in diesem Lebensabschnitt auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auswirken könnten.

Für den Arbeitsmarkt allerdings gibt es recht aussagekräftige Daten – wie die Zahl der Krankheitstage und deren Ursachen oder die Angaben der Deutschen Rentenversicherung zur Frühverrentung, die ein alarmierendes Bild liefern (Grafik):

Rund 43 Prozent aller Personen, die 2024 erstmals eine Erwerbsminderungsrente bezogen, erhielten sie aufgrund psychischer Einschränkungen; bei den unter 30-Jährigen waren es sogar annähernd 66 Prozent.

Es steht also außer Frage, dass psychische Krankheiten die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die öffentlichen Haushalte langfristig stark belasten. Da diese Störungen in der Regel ihren Anfang in der Kinder- und Jugendzeit der Betroffenen nehmen, sollte die Politik eine nationale Strategie zur Stärkung der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auf den Weg bringen. Diese sollte unter anderem ein groß angelegtes Gesundheitsmonitoring beinhalten sowie den Ausbau der entsprechenden therapeutischen Versorgungskapazitäten, was eine verstärkte Ausbildung von Kinder- und Jugendpsychotherapeuten erfordert. Mithilfe der Daten können dann Programme entwickelt werden, die vorbeugend wirken und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sichern.

IW-Report 49/2025
Christina Anger, Julia Betz, Wido Geis-Thöne: Die ökonomische Bedeutung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern

Hürden im Netz

Digitalisierung. *Unternehmen in Deutschland sind verpflichtet, ihre Online-Angebote barrierefrei zu gestalten. Aber sowohl Menschen mit als auch jene ohne Behinderung haben laut einer neuen IW-Studie mit vielen digitalen Hemmnissen im Arbeitsleben zu kämpfen. Von barrierefreien Webseiten würden nicht nur die Beschäftigten profitieren, sondern auch die Firmen selbst.*

Sperriger Begriff für einfachere Benutzung: Das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) ist im Juni 2025 in Deutschland in Kraft getreten. Es verpflichtet Unternehmen, bestimmte Waren und Dienstleistungen digital barrierefrei anzubieten und somit zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung beizutragen. Ausgenommen sind lediglich Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten und maximal 2 Millionen Euro Jahresumsatz.

Dass in dieser Hinsicht noch viel zu tun ist, belegt eine Untersuchung von DataPulse Research und Buzzmatic aus dem vergangenen Jahr:

Im Jahr 2024 waren rund 99 Prozent der analysierten deutschen Online-Shops nicht barrierefrei.

Weitere Studien aus 2025 unterstreichen das ausbaufähige Gesamtbild.

Das IW hat nun die Perspektive der Menschen vor dem Bildschirm untersucht und Beschäftigte in Deutschland gefragt, für wie wichtig sie die digitale Barrierefreiheit für ihre Arbeit halten und auf welche digitalen Barrieren sie im Rahmen ihrer Arbeit stoßen. In der IW-Beschäftigtenbefragung im Mai und Juni 2025 äußerten sich dazu knapp 5.000 Personen, gut 12 Prozent von ihnen hatten eine amtlich anerkannte Behinderung.

Zunächst einmal verdeutlicht die Befragung den Wert der digitalen Medien im Arbeitsumfeld. 84 Prozent aller Beschäftigten und knapp 82 Prozent der Menschen mit

Vielfältige digitale Barrieren im Arbeitsleben

So häufig begegnen den Beschäftigten in Deutschland bei ihrer Arbeit diese digitalen Barrieren auf einer Skala von 1 (nie) bis 4 (häufig)

	18- bis 29-Jährige	30- bis 45-Jährige	46- bis 60-Jährige	Über 60-Jährige
Unübersichtliche Strukturierung von Websites	2,3	2,1	2,1	2,0
Keine Tastaturbedienbarkeit	2,0	1,8	1,8	1,8
Unzureichende Farbkontraste	2,0	1,8	1,8	1,7
Fehlende Alternativtexte für Bilder und Grafiken	2,0	1,7	1,7	1,7
Schwer verständliche Sprache	2,1	1,9	1,9	1,8

Befragung von 4.977 Beschäftigten im Mai und Juni 2025 im Rahmen der IW-Beschäftigtenbefragung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Behinderung nutzen sie in ihrem beruflichen Alltag. Dabei spielt Barrierefreiheit eine große Rolle, vor allem für jüngere Beschäftigte (Grafik):

Für gut sieben von zehn Befragten im Alter von 18 bis 29 Jahren ist die digitale Barrierefreiheit für ihre Arbeit wichtig oder sehr wichtig.

In der Gruppe der älteren Beschäftigten sinkt die Relevanz etwas, im Durchschnitt betonen knapp 61 Prozent von ihnen die Bedeutung von barrierefreiem Arbeiten in der digitalen Welt. Die höheren Zustimmungswerte in der jungen Altersklasse deuten darauf hin, dass sie – möglicherweise bedingt durch den stärkeren Gebrauch von digitalen Medien seit ihrer Kindheit – sensibler für das Thema der digitalen Barrierefreiheit sind.

Unter den jungen Beschäftigten mit Behinderung ist dies noch stärker ausgeprägt: Mehr als 80 Prozent stufen die digitale Barrierefreiheit für ihre Arbeit als wichtig ein.

Auch bei der Frage danach, wie häufig ihnen bestimmte digitale Barrieren begegnen, berichten die 18- bis 29-Jährigen von den gravierendsten Problemen. Über alle Altersklassen hinweg kristallisiert sich eine Barriere als die größte heraus (Grafik Seite 8):

Eine unübersichtliche Strukturierung von Websites bemängeln die Beschäftigten in Deutschland am häufigsten.

Schwer verständliche Sprache ist ebenfalls für viele ein wiederkehrendes Hemmnis.

Die Befragungsergebnisse unterstreichen, wie wichtig Barrierefreiheit im Internet ist – nicht nur für Menschen mit Behinderung. Jenen Unternehmen, die bei ihren Angeboten und Dienstleistungen Barrieren schnell abbauen, bietet sich eine Reihe von Vorteilen.

First-Mover-Vorteil. Wenn Unternehmen digitale Barrierefreiheit frühzeitig umsetzen, kann ihnen dies einen Wettbewerbsvorteil auf dem Markt sowie verstärkte Aufmerksamkeit verschaffen.

Kundenzufriedenheit. Sind Websites barrierefrei gestaltet, sind sie in der Regel auch benutzerfreundlich, was eher zu zufriedenen Kunden führt.

Arbeitsbelastung. Barrierefreie Websites sorgen dafür, dass Kunden die für sie relevanten Informationen leichter und schneller finden. Dadurch können sich die Fragen ans Support-Team verringern.

Reichweite. Suchmaschinen wie Google und Bing finden Online-Inhalte einfacher, wenn diese leicht zugänglich und nutzerfreundlich konzipiert sind. Das kann die Sichtbarkeit und die Reichweite des Unternehmens erhöhen.

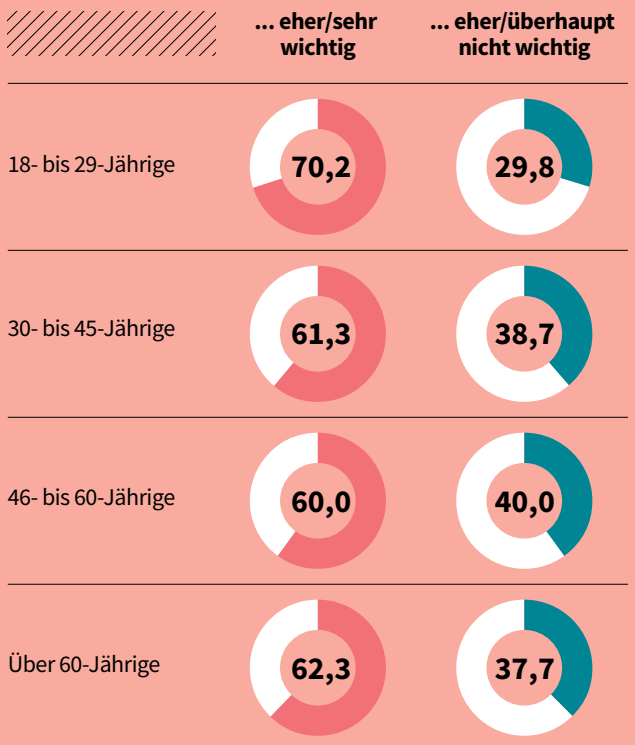
Setzen Unternehmen digitale Barrierefreiheit auch innerhalb der eigenen Organisation um und denken damit das BFSG einen Schritt weiter, kann ihnen das zusätzliche Vorteile bieten:

Attraktivität. Arbeitslose mit Schwerbehinderung sind in Deutschland statistisch gesehen tendenziell besser ausgebildet als Arbeitslose ohne Schwerbehinderung. Ein inklusives Online-Angebot kann ein Unternehmen für diese potenziellen Mitarbeiter attraktiver machen.

Produktivität. Bezogen auf innerbetriebliche Arbeitsabläufe kann eine digitale Barrierefreiheit dazu beitragen, Mitarbeiter physisch sowie psychisch zu entlasten und dadurch ihre Arbeitsleistung zu verbessern.

Viele Beschäftigte brauchen digitale Barrierefreiheit

So viel Prozent der Befragten in diesem Alter schätzen die digitale Barrierefreiheit für ihre Arbeit als … ein



Befragung von 4.977 Beschäftigten im Mai und Juni 2025 im Rahmen der IW-Beschäftigtenbefragung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

IW-Report
Hannah Milena Seichter, Philipp Johann Trögeler, Dominik Evcimen: Digitale Barrierefreiheit – Eine Frage des Alters, weniger der Behinderung

Eine Frage der Region

Pflegekosten. *Was ein Pflegebedürftiger für die vollstationäre Pflege in Deutschland zahlen muss, unterscheidet sich zwischen den einzelnen Städten und Landkreisen deutlich. Besonders hoch sind die Eigenanteile der Pflegeheimbewohner in den west- und süddeutschen Ballungsräumen. Einen statistisch relevanten Einfluss hat dabei unter anderem das regionale Mietpreisniveau.*

Pflegebedürftige Menschen leben in Deutschland dank des medizinisch-technischen Fortschritts immer länger. Zudem hat der Gesetzgeber in den vergangenen Jahren unter anderem durch mehr Spielräume für den Einsatz von Personal und eine verbindliche Entlohnung nach Tarif versucht, Pflegeberufe attraktiver zu machen. Das soll dazu beitragen, eine gute Versorgung der Pflegebedürftigen sicherzustellen.

Tatsache ist aber auch: Diese und andere Faktoren wie etwa die demografische Entwicklung tragen dazu bei, dass die Kosten für die vollstationäre Pflege nur eine Richtung kennen: nach oben.

Grundsätzlich setzen sich die Beträge, die Heimbewohner aus eigener Tasche zahlen müssen, aus vier Komponenten zusammen (siehe Kasten). Wie hoch diese Eigenbeteiligung ist, unterscheidet sich von Region zu Region deutlich. Das IW hat diese Unterschiede näher analysiert:

Bundesländer. Schon auf dieser großräumigen Ebene wird das Kostengefälle sichtbar (Grafik Seite 11):

Während vollstationär versorgte Pflegebedürftige in Nordrhein-Westfalen im Herbst 2024 während des ersten Aufenthaltsjahres – unter Berücksichtigung des Leistungszuschlags – eine durchschnittliche Eigenbeteiligung von 3.314 Euro je Monat tragen mussten, waren es in Sachsen-Anhalt lediglich 2.456 Euro.

Allerdings streuen die Daten innerhalb der Bundesländer stark. Am größten ist die Bandbreite im Stadtstaat Bremen, was maßgeblich an zwei dortigen Einrichtungen der Intensivpflege liegt, die außerordentlich hohe Eigenbeteiligungen einfordern.

Stationäre Pflege: Die Kostenblöcke

Die Kosten, die für Heimbewohner in der vollstationären Pflege anfallen, setzen sich aus vier Komponenten zusammen:

Einrichtungseinheitlicher Eigenanteil (EEE). Dieser umfasst die für den eigentlichen Pflegeaufwand anfallenden Kosten, die die soziale Pflegeversicherung nicht übernimmt. Der EEE ist unabhängig vom jeweiligen Pflegegrad (bei Pflegegrad 1 gilt eine abweichende Regelung). Er verringert sich allerdings mit der Dauer des Aufenthalts, weil die Pflegeversicherung seit 2022 einen sukzessive steigenden Leistungszuschlag gewährt (siehe iwd 25/2024).

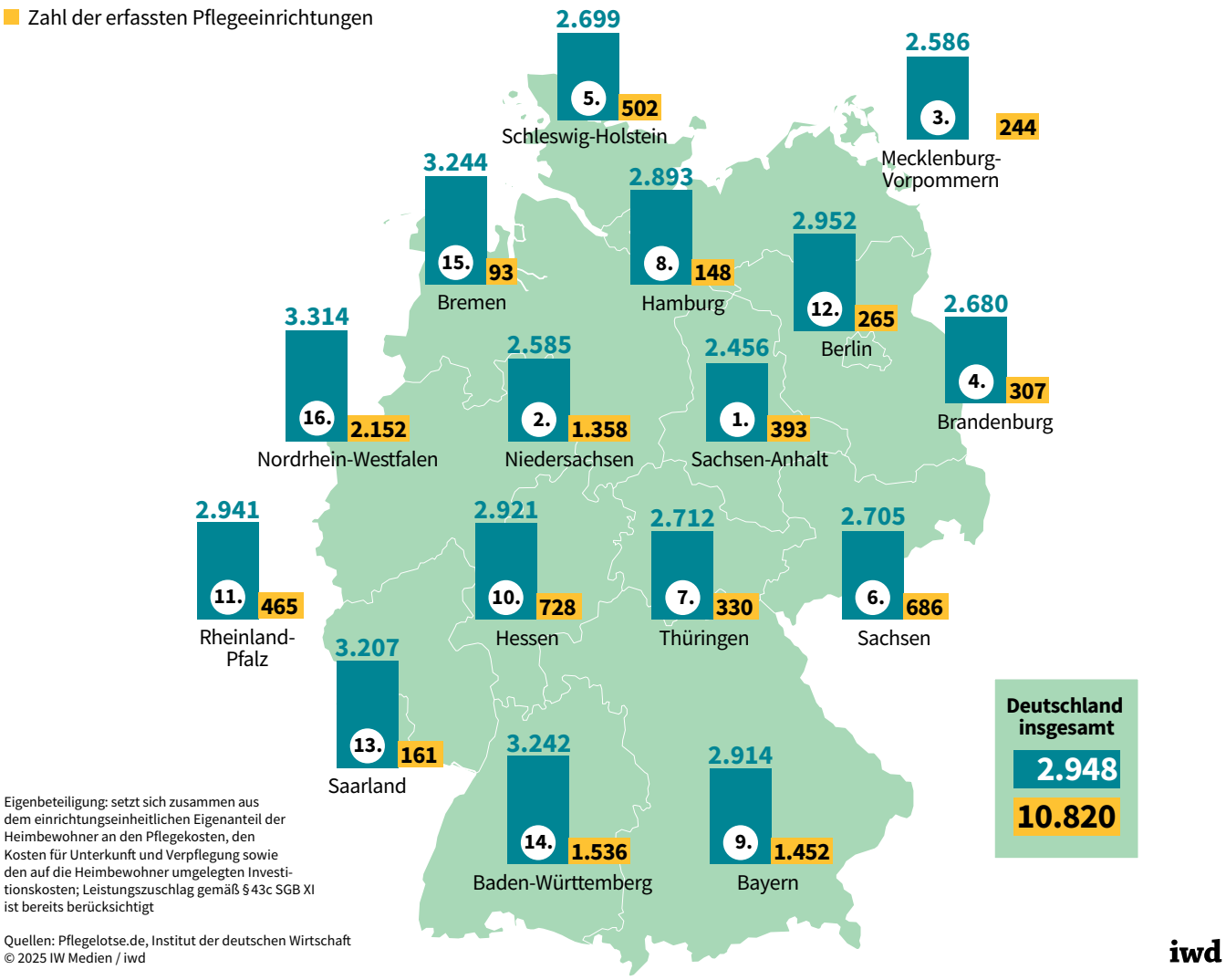
Kosten für die Unterkunft. Darin enthalten sind die Kosten für Heizung, Warmwasser, Zimmerreinigung und den sonstigen hauswirtschaftlichen Service. All dies wird vollständig auf die Heimbewohner umgelegt.

Verpflegungskosten. Auch die Kosten für die Mahlzeiten müssen die Pflegebedürftigen selbst tragen.

Investitionskosten. Sie beinhalten die Kosten für die Finanzierung der Gebäude, Abschreibungen und Instandhaltung und entsprechen damit in etwa der Kaltmiete einer Wohnung. Wie viel davon die Pflegebedürftigen tragen müssen, hängt davon ab, wie das jeweilige Bundesland die Finanzierung der Pflegeheim-Infrastruktur regelt. Einige Länder wie Nordrhein-Westfalen gewähren den Heimbewohnern eine bedürftigkeitsgeprüfte Transferleistung (subjektbezogene Förderung), andere wie Bayern unterstützen die Einrichtungen pauschal (objektbezogene Förderung), was tendenziell dazu führt, dass die auf die Pflegebedürftigen abgewälzten Investitionskosten niedriger ausfallen.

Pflegekosten: Das Bundesländer-Ranking

So hoch war im Oktober 2024 die durchschnittliche Eigenbeteiligung für einen Platz im Pflegeheim im ersten Aufenthaltsjahr in Euro je Monat



Eigenbeteiligung: setzt sich zusammen aus dem einrichtungseinheitlichen Eigenanteil der Heimbewohner an den Pflegekosten, den Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie den auf die Heimbewohner umgelegten Investitionskosten; Leistungszuschlag gemäß § 43c SGB XI ist bereits berücksichtigt

Quellen: Pflegelotse.de, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Städte und Landkreise. Auf der Ebene der 400 Kreise und kreisfreien Städte wird noch klarer, wie unterschiedlich die finanzielle Belastung der Bewohner von Pflegeheimen ist (Grafik Seite 12):

Am geringsten war die durchschnittliche Eigenbeteiligung im Herbst 2024 mit 2.288 Euro je Monat im niedersächsischen Wilhelmshaven, während im bayerischen Coburg im Schnitt 4.079 Euro anfielen.

Das Beispiel Coburg zeigt allerdings auch die Problematik der Durchschnittsbetrachtung: In der oberfränkischen Stadt befindet sich eine teure Kinderintensivpflegeeinrichtung, die den Durchschnittswert stark nach oben zieht. Betrachtet man stattdessen den Median – also den Wert, den die Hälfte der Pflegeeinrichtungen unter- beziehungsweise überschreitet –, rangiert Coburg mit 2.910 Euro im Mittelfeld aller Kreise und Städte. Auch Passau kommt im Median auf eine deutlich niedrigere Eigenbeteiligung. Bei allen anderen Kreisen und Städten auf den obersten und untersten Plätzen sind die Abweichungen zum Durchschnittswert jedoch gering.

Insgesamt dominieren auf den Rängen der Regionen mit den höchsten Eigenbeteiligungen Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen. Überdurchschnittlich hohe Kosten müssen die Pflegeheimbewohner zudem generell in den Ballungsräumen tragen – wie etwa München, Stuttgart, Düsseldorf und Frankfurt am Main. Deutlich unter dem Schnitt liegen die Eigenbeteiligungen vor allem in ländlichen Kreisen mehrerer ostdeutscher Länder sowie Teilen Niedersachsens.

Fortsetzung

Im Mittel aller Kreise machen die einrichtungseinheitlichen Eigenanteile rund die Hälfte dessen aus, was die Versicherten in vollstationärer Pflege selbst zahlen müssen. Diese Eigenanteile prägen daher auch stark das Gesamtranking. Auf Unterkunft und Verpflegung entfallen 33 Prozent der von den Heimbewohnern getragenen Kosten, die restlichen 17 Prozent sind den Investitionskosten zuzuordnen.

Über diese deskriptiven Ergebnisse hinaus hat das IW analysiert, welche Faktoren die Eigenbeteiligungen in den einzelnen Städten und Kreisen letztlich nach oben treiben – oder auch dämpfend wirken. Vor allem drei Indikatoren haben demnach einen spürbaren Einfluss:

- Die Eigenbeteiligungen steigen mit der durchschnittlichen Höhe der Arbeitnehmerentgelte. Das erstaunt wenig, sind doch die Personalkosten für jeden Heimbetreiber ein großer Posten.
- Ebenso fallen die von den Heimbewohnern zu tragenden Kosten umso höher aus, je höher die Mietpreise in einer Region sind. Vor allem die Investitionskosten werden von überdurchschnittlichen Mietpreisen nach oben getrieben.
- Dagegen sinkt die finanzielle Belastung der Pflegebedürftigen tendenziell mit der Zahl der Pflegeplätze in einer Einrichtung. Größere Heime können offenbar oft zu niedrigeren Kosten je Heimplatz wirtschaften.

Die statistische Detailanalyse lässt darüber hinaus erkennen, dass die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen die vollstationäre Pflege effizienter anbieten, als es angesichts ihrer regionalen Strukturen – mit hohen Löhnen und Mietpreisen – zu erwarten gewesen wäre.

IW-Report 59/2025
Ruth Maria Schüler, Maximilian Stockhausen, Hendrik Böhmer, Jan Wendt: Eigenbeteiligung in der vollstationären Pflege – Eine Analyse regionaler Kostenunterschiede

Pflege: Das regionale Kostengefälle ist enorm

So hoch war im Oktober 2024 die durchschnittliche Eigenbeteiligung für einen Platz im Pflegeheim im ersten Aufenthaltsjahr in den teuersten bzw. günstigsten Landkreisen oder kreisfreien Städten in Euro je Monat

Rangplatz		
400	Coburg (BY)	4.079
399	Solingen (NRW)	3.737
398	Düsseldorf (NRW)	3.712
397	Essen (NRW)	3.640
396	Krefeld (NRW)	3.634
395	Köln (NRW)	3.597
394	Passau (BY)	3.546
393	Kreis Mettmann (NRW)	3.537
392	Duisburg (NRW)	3.536
391	Remscheid (NRW)	3.532
...		
10	Anhalt-Bitterfeld (ST)	2.390
9	Altmarkkreis Salzwedel (ST)	2.383
8	Landkreis Friesland (NI)	2.377
7	Uelzen (NI)	2.376
6	Landkreis Helmstedt (NI)	2.376
5	Landkreis Schaumburg (NI)	2.372
4	Landkreis Harz (ST)	2.363
3	Landkreis Wittmund (NI)	2.346
2	Jerichower Land (ST)	2.321
1	Wilhelmshaven (NI)	2.288

Eigenbeteiligung: setzt sich zusammen aus dem einrichtungseinheitlichen Eigenanteil der Heimbewohner an den Pflegekosten, den Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie den auf die Heimbewohner umgelegten Investitionskosten; Leistungszuschlag gemäß §43c SGB XI ist bereits berücksichtigt
BY: Bayern; NRW: Nordrhein-Westfalen; ST: Sachsen-Anhalt; NI: Niedersachsen

Quellen: Pflegelotse.de, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Hightech fürs Feld

Innovationen. *In der Agrartechnik gibt es seit der Jahrtausendwende deutlich mehr Patentanmeldungen. Deutschland ist dabei der Forschungsstandort Nummer eins in der Welt – auch dank hiesiger Betriebsstätten von US-Großkonzernen. Das könnte zum Problem werden.*

Selbstfahrende Traktoren, digitalisierte Futtermaschinen, optimierte Aussaat durch Drohnenhilfe – die Landwirtschaft wird technisch immer ausgeklügelter. Inzwischen entfällt jede sechste Patentanmeldung der Landmaschinenhersteller vollständig auf Digitalisierungs- und Elektrotechnik.

Die digitalen Innovationen treiben seit Jahren die Forschung im Agrarsektor in neue Höhen: Die weltweite Patentleistung im Bereich land- und forstwirtschaftlicher Maschinen hat sich seit Beginn des Jahrtausends mehr als verdreifacht. Im Jahr 2022 – das sind aufgrund von Offenlegungsfristen die neuesten verfügbaren Daten – wurden weltweit 1.550 transnationale Patente angemeldet.

Die Bundesrepublik hat im internationalen Vergleich die Spitzenposition inne (Grafik):

Im Zeitraum von 2000 bis 2022 brachten land- und forstwirtschaftliche Unternehmen am Forschungsstandort Deutschland 7.171 Patente hervor. Die USA folgen mit 4.515 auf Platz zwei.

In einigen Kerntechniken beträgt der Anteil des Forschungsstandorts Deutschland am Patentweltmarkt sogar 50 Prozent und mehr.

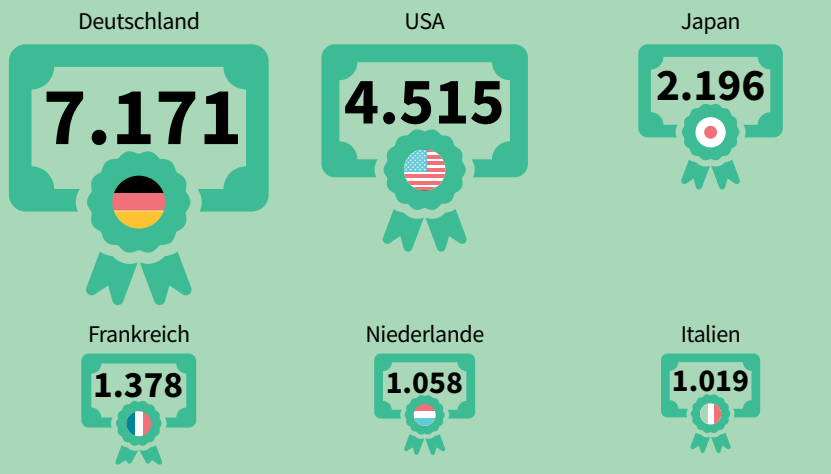
Es gibt allerdings einen Haken: Die Kontrollrechte der Erfindungen aus Deutschland liegen nicht immer auch bei heimischen Unternehmen. Prominentes Beispiel ist der weltweit forschungsstärkste Landmaschinenhersteller Deere & Co. aus den USA. Etwa die Hälfte seiner fast 4.800 Patentanmeldungen im Analysezeitraum sind in deutschen Betriebsstätten entstanden.

Zwar profitieren umgekehrt auch die deutschen Hersteller von Innovationen, die aus ihren ausländischen Standorten hervorgehen, allerdings würden die USA bei einer Betrachtung nach Kontrollrechten wohl deutlich dazugewinnen. Angesichts der derzeitigen handelspolitischen Spannungen ist diese Kontrollperspektive zwangsläufig bedeutend.

Apropos Handelspolitik: Durch die seitens der USA erhobenen Strafzölle auf viele Produkte haben zahlreiche deutsche Landmaschinenhersteller drastische Umsatzeinbußen erlitten. Da Gegenmaßnahmen zum US-Vorgehen vielerorts geplant oder bereits umgesetzt sind, wird die Branche weltweit massiv verlieren. Das trifft den Standort Deutschland besonders hart. Trotz seiner großen Attraktivität für ausländische Hersteller und seiner Forschungsstärke könnte die heimische Patentkraft darunter leiden.

Agrartechnik: Standort Deutschland patentstark

So viele transnationale Patentanmeldungen für land- und forstwirtschaftliche Maschinen mit angestrebter Schutzwirkung auch für Deutschland wurden in der Zeit von 2000 bis 2022 an diesen Forschungsstandorten hervorgebracht



Fraktionale Zählweise, die berücksichtigt , dass Erfinder aus mehreren Ländern an einer Patentanmeldung beteiligt sein können
Quelle: IW-Patentdatenbank
© 2025 IW Medien / iwd

IW-Kurzbericht 91/2025
Maike Haag, Enno Kohlisch, Oliver Koppel: Deutschland ist weltweit führender Forschungsstandort für Agrartechnik

Attraktive Angebote gesucht

Arbeitsplätze. *Die Beschäftigten in Deutschland haben klare Vorstellungen davon, was einen attraktiven Arbeitsplatz ausmacht. Die am häufigsten gewünschten Merkmale wie eine feste Anstellung oder kurze Pendelzeiten finden sich auch oft in Stellenangeboten wieder. Einige Präferenzen der Arbeitnehmer tauchen dort allerdings recht selten auf.*

Die deutsche Wirtschaft steckt seit geraumer Zeit in einer tiefen Krise, die auch immer stärker auf den Arbeitsmarkt durchschlägt (siehe iwd 23/2025). Dennoch haben Unternehmen nach wie vor Probleme, offene Stellen zügig und adäquat zu besetzen. Auf längere Sicht dürfte sich die Situation aufgrund der alternden Bevölkerung eher noch verschärfen.

Umso wichtiger ist es, dass Firmen gezielt um Mitarbeiter werben – und zwar mit Angeboten, die den Präferenzen der potenziellen Kandidaten entsprechen. Das IW hat daher analysiert, welche Arbeitsplatzaspekte für Beschäftigte wichtig sind, und dies mit den in Stellenangeboten beworbenen Jobmerkmalen verglichen.

Die Ergebnisse zeigen zunächst, dass sich die Wünsche der Arbeitnehmer durchaus oft mit den Offerten der Firmen decken (Grafik):

Mit einem Anteil von 96 Prozent nennen die befragten Beschäftigten am häufigsten einen sicheren Job als Merkmal ihres Wunsch-Arbeitsplatzes – in den Stellenanzeigen taucht dieser Aspekt immerhin am zweithäufigsten auf.

Zudem werden von den sechs Arbeitsplatzpräferenzen, die den Beschäftigten am wichtigsten sind, fünf auch überdurchschnittlich oft von den Unternehmen in ihren Stellenannoncen beworben.

Insgesamt sind die Merkmalsanteile bei Letzteren durchgängig deutlich niedriger als in den Befragungsdaten. Das hat allerdings zum Teil damit zu tun, dass sich die vielfältigen Stellenbeschreibungen nicht immer mit den in der IW-Beschäftigtenbefragung zugrunde gelegten Merkmalen in Verbindung bringen lassen.

Zwei Diskrepanzen sind dennoch auffällig: Die Merkmale „Große Entscheidungsspielräume“ und „Leistungsabhängige Vergütung“ sind für 77 beziehungsweise 65 Prozent der Beschäftigten bei der Bewertung ihres jetzigen oder künftigen Arbeitsplatzes wichtig. Aber:

Gerade einmal 3 Prozent der Stellenanzeigen heben den Gestaltungsspielraum auf dem beworbenen Arbeitsplatz hervor und lediglich 4 Prozent stellen leistungsorientierte Gehaltsbestandteile in Aussicht.

Möglicherweise bringen Unternehmen das Thema leistungsorientierte Vergütung erst dann ins Spiel, wenn sie mit bereits vorselektierten Bewerbern Gespräche führen. Und den Aspekt der Entscheidungsspielräume könnten viele Betriebe nur implizit kommunizieren – wenn sie etwa eine „Führungskraft“ oder „Leitung“ suchen.

Um die Präferenzen der Beschäftigten sowie deren Widerhall in Stellenanzeigen noch genauer zu erfassen, hat das IW die Einschätzungen zu den Arbeitsplatzmerkmalen nach weiteren Kriterien differenziert. Einige beispielhafte Ergebnisse:

Geschlecht. Frauen legen auf die drei Arbeitsplatzkriterien, die den Beschäftigten insgesamt am wichtigsten sind, noch einmal deutlich größeren Wert als Männer.

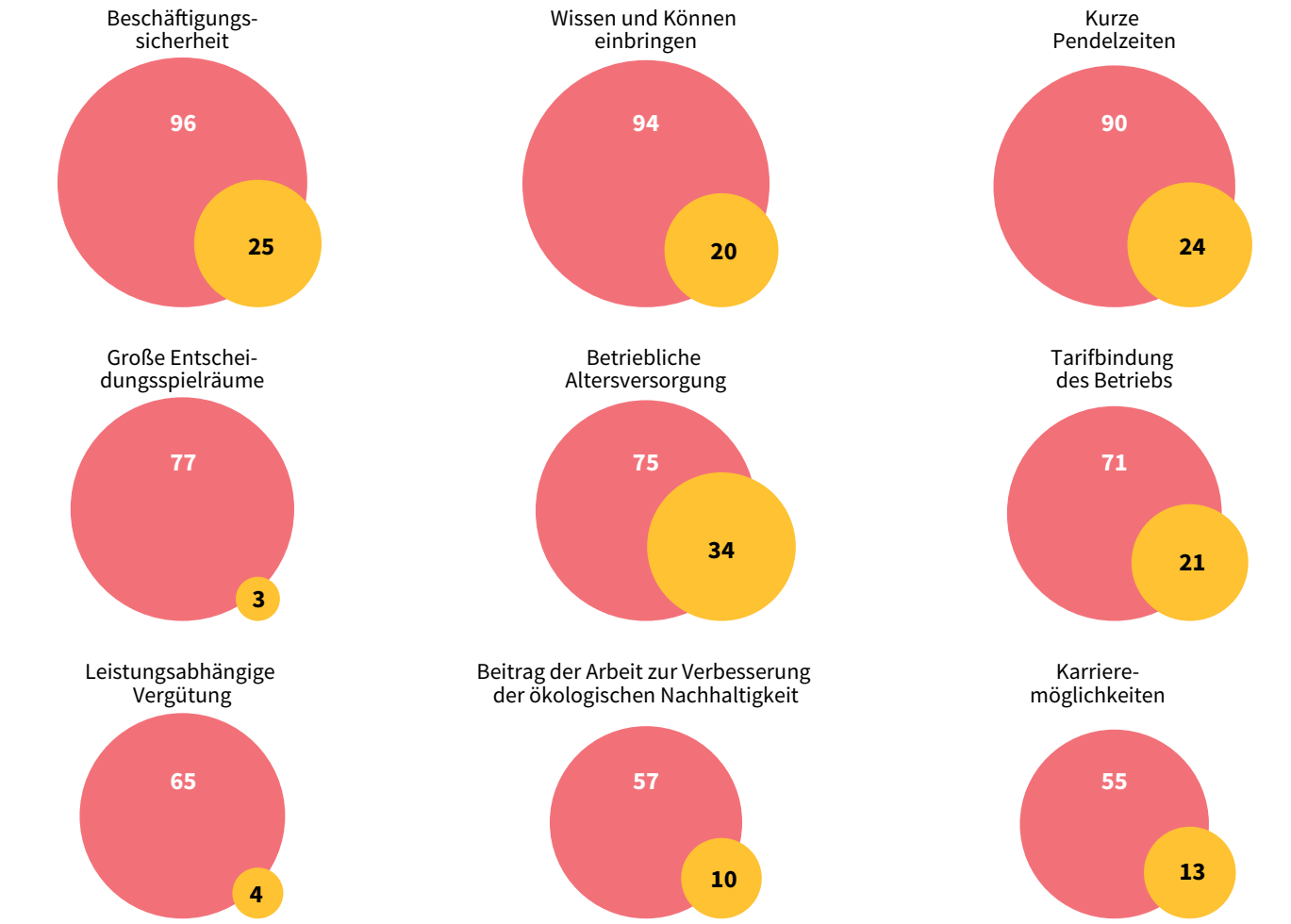
Am deutlichsten ist der Unterschied beim Merkmal „Kurze Pendelzeiten“ – für 94 Prozent der weiblichen Beschäftigten gehört dieses Kriterium unbedingt zu einem attraktiven Arbeitsplatz, von ihren männlichen Kollegen sagen dies 86 Prozent.

Ob das daran liegt, dass sich die befragten Frauen stärker als die Männer außerhalb der Arbeitszeit um die Betreuung von Kindern kümmern oder sonstige Sorgearbeit übernehmen müssen, lässt sich aus den Studienergebnissen nicht eindeutig ableiten.

Qualifikationsniveau. Beschäftigte mit akademischem Abschluss nennen mit 84 Prozent überdurchschnittlich häufig „Große Entscheidungsspielräume“ als für sie zentrales Arbeitsplatzmerkmal. Damit

Arbeitsplätze: Was sich Beschäftigte wünschen und womit Unternehmen werben

in Deutschland im Jahr 2024



Befragung von 5.060 sozialversicherungspflichtig oder geringfügig Beschäftigten im April 2024 im Rahmen der IW-Beschäftigtenbefragung; Auswertung von 6,9 Millionen Stellenanzeigen

Quellen: Textkernel, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

zusammenhängend betont diese Gruppe auch öfter als beruflich Qualifizierte oder Beschäftigte ohne Abschluss die Bedeutung von Karrieremöglichkeiten.

Dennoch heben lediglich 4 Prozent der Stellenanzeigen, die sich an Hochqualifizierte richten, die gebotenen Gestaltungsspielräume hervor. Und auch nur 13 Prozent dieser Annoncen erwähnen Karrieremöglichkeiten.

Insgesamt deuten die Studienergebnisse darauf hin, dass Unternehmen noch stärker als bisher darauf achten sollten, ihre Stellenangebote auf die Bedürfnisse der potenziellen Mitarbeiter auszurichten, damit sie ihren Fachkräftebedarf künftig passgenau decken können.

IW-Report 53/2025
Jan Engler, Armin Mertens, Oliver Stettes: Arbeitsplatzattraktivität – Zwischen Wunsch und Versprechen

Impressum

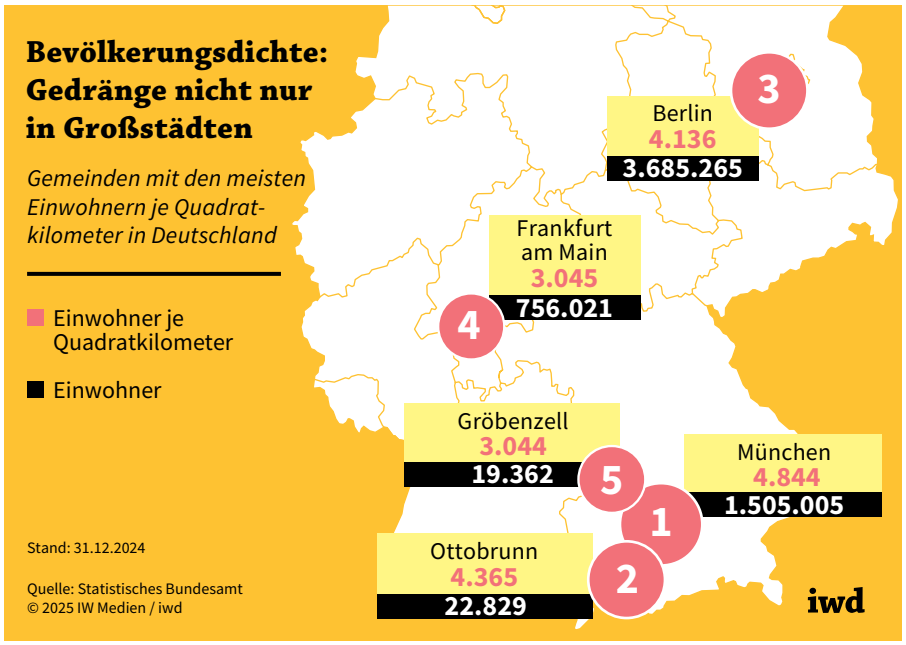
Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland **Redaktionsleiter:** Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

eco zoom natureOffice.com/DE-077-661530 · CO2-emissions compensated · GOGREEN Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Top-Liste: Dichtes Deutschland

Mit knapp 3,7 Millionen Einwohnern war Berlin zum Jahresende 2024 die mit Abstand einwohnerreichste Stadt Deutschlands – und gehörte auch zu den am dichtesten besiedelten. Auf jeden Quadratkilometer Stadtfläche kamen dort 4.136 Personen. Nur in zwei anderen Orten wohnten die Menschen noch näher beieinander: In München lebten im Schnitt 4.844 Menschen auf einem Quadratkilometer, in Ottobrunn 4.365 Personen. Die kleine Gemeinde liegt wie auch das fünftplatzierte Gröbenzell im Umland der bayerischen Landeshauptstadt. Es geht aber noch viel enger, wie ein Blick ins Nachbarland zeigt: Die am dichtesten besiedelte Großstadt Europas ist Paris mit schätzungsweise 20.000 Einwohnern je Quadratkilometer. Am anderen Ende des Deutschland-Rankings steht Wiedenborstel in Schleswig-Holstein. Dessen zehn Einwohner leben rechnerisch zu zweit auf einem Quadratkilometer. Der kleinste Ort ist Wiedenborstel damit allerdings nicht: Diesen Titel hielt Ende 2024 die Gemeinde Gröde im Wattenmeer mit nur sieben Einwohnern.



Zahl der Woche

92,5 Milliarden Euro

haben die Unternehmen in Deutschland im Jahr 2024 für selbst durchgeführte Forschung und Entwicklung (FuE) laut Stifterverband ausgegeben, das waren 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Besonders stark ausgeweitet hat die Softwareentwicklung ihre FuE-Aufwendungen: Sie investierte 2024 rund 6,6 Prozent mehr als im Jahr zuvor und kam auf interne Forschungsausgaben von 6,3 Milliarden Euro. Auch technische und wissenschaftliche Dienstleistungen sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen haben ihre Aufwendungen 2024 überdurchschnittlich gesteigert; dasselbe gilt für Firmen des Luft- und Raumfahrzeugbaus. Die Automobilindustrie – die Schwerpunktbranche des deutschen Innovationssystems – erhöhte ihre internen Forschungs- und Entwicklungsausgaben 2024 um 3,3 Prozent.
Dagegen haben andere Branchen ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung reduziert. Die chemische Industrie verringerte ihr FuE-Budget um 2,4 Prozent, die pharmazeutische Industrie um 2,1 Prozent. Um 3,7 Prozent sanken die eigenen FuE-Aufwendungen in der Herstellung von Metallerzeugnissen.
Über alle Branchen hinweg gibt es einen Trend: Die Unternehmen in Deutschland erhöhten die Ausgaben für die Vergabe von FuE-Aufträgen an andere Unternehmen, Forschungseinrichtungen oder Hochschulen mit zuletzt durchschnittlich 3,7 Prozent deutlich stärker als die Budgets für interne Forschung und Entwicklung.